



Projekt "NRW bekämpft Energiearmut startet in fünf Städten

Projekt "NRW bekämpft Energiearmut" startet in fünf Städten
Remmel: "Wir lassen Verbraucherinnen und Verbraucher nicht allein"
Immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen haben aufgrund steigender Energiepreise Probleme, ihre Rechnungen für Strom und Gas zu bezahlen. Allein im Jahr 2010 wurde mehr als drei Millionen Mal die Zahlung von Stromrechnungen angemahnt und bei rund 120.000 Haushalten wurde der Strom abgestellt. "Es ist alarmierend, dass viele Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Energierechnung nicht zahlen können. Stromsperrern sind unsozial und stellen eine existenzielle Bedrohung dar, deswegen haben wir der Energiearmut den Kampf angesagt. Wir könnten gut 30 Prozent unserer Energie sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich einsparen, ohne unseren Lebensstandard zu gefährden. Jede gesparte Kilowattstunde trägt nicht nur zum Gelingen der Energiewende bei. Jede gesparte Kilowattstunde ist auch bares Geld für Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir lassen Bürgerinnen und Bürger mit Energieschulden nicht allein, sondern helfen", sagte Verbraucherschutzminister Johannes Remmel heute beim Start des Projektes "NRW bekämpft Energiearmut" in der Verbraucherzentrale in Krefeld. Das Projekt von NRW-Verbraucherschutzministerium, Verbraucherzentrale NRW und regionalen Energieversorgern startet ab 1. Oktober zunächst in Aachen, Bielefeld, Köln, Krefeld und Wuppertal. Ab 1. Januar 2013 folgen Bochum, Dortmund und Mönchengladbach. In fünf Städten wird das Angebot durch die "Aufsuchende Energiesparberatung" der örtlichen Caritas flankiert.
Die Verbraucherzentrale NRW berät die Energieschuldnerinnen und Energieschuldner und bietet eine Rechts- und Budgetberatung an. Bei Bedarf werden konkrete Beratungen zum Sparen von Energie vermittelt, die den Menschen helfen, langfristig die Kosten zu senken. Wachsende Probleme rund um Energieschulden haben fast drei Viertel der in NRW ansässigen Energieunternehmen bei einer Befragung durch die Verbraucherzentrale NRW bilanziert. Die Ursache für die wachsende Zahl von Menschen, die von Energiearmut betroffen sind, sind vor allem Preissteigerungen von bis zu 15 Prozent bei Strom und Gas in den letzten zwei Jahren. "Nordrhein-Westfalen nimmt bei der Gestaltung der Energieberatung bereits seit Jahren eine Vorreiterrolle ein, hier werden einkommensbenachteiligte Haushalte grundsätzlich kostenlos beraten. Jetzt gehen wir mit unseren Partnern einen Schritt weiter und können kostenlos eine kombinierte Energie- sowie Rechts- und Budgetberatung anbieten", sagte Minister Remmel. Das Projekt "NRW bekämpft Energiearmut" läuft bis Ende 2015. Das Verbraucherschutzministerium stellt in dieser Zeit für die wirtschaftliche und rechtliche Beratung durch die Verbraucherzentrale NRW Finanzmittel in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die teilnehmenden Stadtwerke in den acht Modellkommunen beteiligen sich anteilig an den Kosten der jeweiligen Beratungsangebote.
"Zunehmende Zahlungsprobleme bei der Energieversorgung erfordern nachhaltige Lösungsansätze - im Interesse der betroffenen Kunden, aber auch der Energieversorger und Kommunen", sagte NRW-Verbrauchszentralenvorstand Klaus Müller. Er sei zuversichtlich, mit dem neuen Ansatz einer Win-win-Situation für alle Beteiligten einen Weg zu bahnen. "Energieschulden von Haushalten werden durch gezielte zeitnahe Beratung und Betreuung dauerhaft vermieden. Bei ?Runden Tischen vor Ort werden alle Akteure in Problemlösungen eingebunden, auch die örtlichen Schuldnerberatungsstellen", so Klaus Müller.
In Kooperation mit den jeweiligen Stadtwerken schnüren die Fachberaterinnen und Fachberater der Verbraucherzentrale NRW ein nachhaltiges Lösungspaket, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern langfristig hilft. "Wiederholte Mahnungen und in der Folge die Androhung der Einstellung der Lieferung von Strom und Gas sind in der Regel die Maßnahmen, die Energieversorger - vielfach auch erfolglos - ergreifen, um säumige Forderungen einzuziehen. Für einkommensbenachteiligte Haushalte allerdings, wo weder Rücklagen vorhanden sind noch Einkünfte über dem Pfändungsfreibetrag erreicht werden, bedeuten die anfallenden Kosten für Mahnverfahren, Unterbrechung der Energielieferung und die erneute Freigabe der Versorgung eine zusätzliche Belastung", erläuterte Carsten Liedtke, Sprecher des Vorstands der SWK Stadtwerke Krefeld. Die Energieversorger unterstützen deswegen das Projekt der Landesregierung, um die Energieschuldenproblematik in dieser Kooperation dauerhaft anzugehen und nicht nur symptomatisch zu bekämpfen.
In fünf Städten (Aachen, Bochum, Dortmund, Köln, Krefeld) wird sich die Caritas mit ihrer "Aufsuchenden Energiesparberatung" an dem Projekt beteiligen. Langzeitarbeitslose werden hierfür zu Stromsparhelfern geschult, die beim Hausbesuch einen individuellen Stromspar-Check vornehmen. "Unsere Stromsparhelfer kommen selbst aus einkommensbenachteiligten Haushalten und können daher die Probleme der Betroffenen leichter nachvollziehen. Die Sparvorschläge werden gut angenommen, wenn sie auf gleicher Augenhöhe vorgebracht werden", sagte Hans-Georg Liegener, Geschäftsführer des Caritasverbandes für die Region Krefeld. Er ist überzeugt, dass der Stromspar-Check einen wichtigen Beitrag leistet, um den Energieverbrauch dauerhaft zu reduzieren und damit auch das Auflaufen von Energieschulden zu vermeiden. Obendrein würden Langzeitarbeitslose im Rahmen dieser Aktivitäten weiter qualifiziert und Einsparungen beim Kohlendioxid-Ausstoß erzielt.
"NRW bekämpft Energiearmut" baut auf Erfahrungen eines gemeinsamen Pilotprojektes der Verbraucherzentrale NRW mit der WSW Energie und Wasser AG in Wuppertal auf. Dort wurden säumigen Energiekundinnen und Energiekunden seit September 2010 durch rechtliche und wirtschaftliche Beratung sowie professionelle Begleitung Wege aus der Energieschulden-Problematik gewiesen. Gut 70 Prozent der Betroffenen konnte in dem Pilotprojekt langfristig geholfen werden. "Dies zeigt die hohe Motivation und Kooperationsbereitschaft der meisten Ratsuchenden, die Probleme mit den Energieschulden in den Griff bekommen zu wollen. Zugleich ist dies natürlich auch ein Indiz, dass es in der Beratung gelingt, die Eigeninitiative der Betroffenen zu stärken und mit Hilfe zur Selbsthilfe erfolgreich zu begleiten", erläuterte Müller. "Ich freue mich, dass wir mit der Verbraucherzentrale NRW, den teilnehmenden Stadtwerken und der Caritas ein Zeichen gegen Energiearmut setzen. Wir können damit nicht nur den Verbraucherinnen und Verbrauchern konkret helfen, sondern auch gemeinsam die Energiewende gestalten", so Minister Remmel.

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW)
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
Deutschland
Telefon: 0211/4566-0
Telefax: 0211/4566-388
Mail: poststelle@mkulnv.nrw.de
URL: <http://www.umwelt.nrw.de/>

Pressekontakt

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW)

40476 Düsseldorf

[umwelt.nrw.de/](http://www.umwelt.nrw.de/)
poststelle@mkulnv.nrw.de

Firmenkontakt

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MKULNV NRW)

40476 Düsseldorf

umwelt.nrw.de/
poststelle@mkulnv.nrw.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage